



Dr. Frank Brodehl anlässlich der Einführung der „Gendersprache“ für Behörden in der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt Kiel:

„Die staatliche Verordnung einer ideologiebesetzten Amtssprache lehnen wir ab“

Kiel, 1. Juli 2020 **Ab heute gilt in der Kieler Stadtverwaltung die sogenannte "gendergerechte Sprache", kurz „Gendersprache“. In der Praxis bedeutet dies, dass die Mitarbeiter der Verwaltung Bürger nicht mehr mit "Sehr geehrte Damen und Herren" ansprechen, sondern stattdessen „gendergerechte“ Alternativen verwenden, auch wenn diese den gängigen Grammatik- und Rechtschreibregeln zuwiderlaufen. Dr. Frank Brodehl, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:**

„Was auch immer die Mitarbeiter der Stadtverwaltung in Kiel in ihrer Schulzeit an Rechtschreib- und Grammatikregeln gelernt haben, ab heute dürfen sie es im Dienst nur noch anwenden, wenn es auch ‚geschlechtergerecht‘ ist. Das hat die Stadt Kiel ihren Mitarbeitern zumindest so ab heute verbindlich vorgegeben – der verqueren Auffassung folgend, dass die normale deutsche Sprache ‚geschlechtergerecht‘ sei. Was diese staatliche Sprachverordnung, die auch für den mündlichen Sprachgebrauch gilt, im Alltag bedeutet, wird die Praxis weisen.

Feststeht schon jetzt: ‚Gendersprache‘ verhunzt nicht nur unsere Sprache, sondern sie bringt vor allem für die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die sie offiziell befördern soll, rein garnichts. Dass sie jetzt trotzdem nicht nur in Kiel, sondern auch in vielen anderen Städten, für die Verwaltung verbindlich eingeführt wird, ist eine Zäsur. Denn wenn die dortigen Verwaltungsmitarbeiter mit Bürgern nicht wie verordnet ‚gendergerecht‘ mit den Bürgern kommunizieren, drohen ihnen nicht zuletzt disziplinarische Konsequenzen. Sich im dienstlichen Sprachgebrauch sowohl an die Deutschregeln als auch an die normale Alltagssprache zu halten, soll so unterbunden werden – und das allein aus ideologischen Gründen.

Angesichts dieser Entwicklung, die in immer mehr Behörden des Landes Schule macht,

haben wir bereits vor der Sommerpause einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht, der ‚Gendersprache‘ in Behörden dadurch verhindern sollte, dass für Behörden-sprache die Anwendung der geltenden Rechtschreib- und Grammatikregeln verbindlich gemacht wird. Unser Ansatz dabei: Sprache darf in unserer Demokratie nicht zum Spielball ideologiegelenkter Politiker werden.

CDU, GRÜNE, FDP, SPD und SSW sahen das anders und lobten die Vorzüge ‚gendergerechter‘ Sprache, während sie der AfD gleichzeitig vorwarfen, wir würden uns der ‚modernen Kommunikation verweigern‘ (Katja Rathje-Hoffmann, CDU).

Umso erfreulicher ist das eindeutige Bekenntnis des Kieler Landtagsabgeordneten Tobias von der Heide, der die Verdrängung von ‚Sehr geehrte Damen und Herren‘ zugunsten der Gendersprache für ‚absurd‘ hält – und außerdem davor warnt, dass die Kieler Verwaltung ‚politisch instrumentalisiert‘ werde. Besser hätten wir dies auch nicht ausdrücken können – leider ist aber bei der Wankelmütigkeit und dem Opportunismus der CDU davon auszugehen, dass sie die ‚Gendersprache‘ nicht stoppen, sondern weiterhin mit tausenden Euro an Steuermitteln fördern wird.“

Weitere Informationen:

- **Gesetzentwurf der AfD-Fraktion** „zur Änderung des Gesetzes zur Gleichstellung der Frauen im Öffentlichen Dienst (Drucksache 19/2075) vom 6. März 2020:
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02000/drucksache-19-02075.pdf>
- **„Kieler Nachrichten“-Artikel** „Kiel: Jetzt kommt das Gendersternchen“ vom 30. Juni 2020:
<https://www.kn-online.de/Kiel/Stadtverwaltung-in-Kiel-Das-Gendersternchen-kommt-ab-Juli>